



Vor Finanzminister Lars Klingbeil (SPD) und Kanzler Friedrich Merz (CDU) liegen schwierige Haushaltsverhandlungen.

Foto: Kay Nietfeld/dpa

Interview

„Problem für die Demokratie“

Der Politikwissenschaftler und Philosoph Jörg Tremmel von der Universität Tübingen ist Geschäftsführer der Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen. Er warnt, die ältere Generation dürfe den Jüngeren nicht den Entscheidungsspielraum nehmen. Es brauche den Dialog und ein faires Miteinander, um eine Gerontokratie zu verhindern.

Der Kanzler betont gern, er mache Politik auch für die Generation seiner Enkel. Ist die Haushaltspolitik der Bundesregierung generationengerecht?

Jörg Tremmel: Da muss man genau hinschauen. Das kreditfinanzierte Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaschutz ist grundsätzlich richtig. Das sind zwar ehrlicherweise Sonderschulden. Aber wenn das Geld tatsächlich so wie vorgesehen in die Zukunft investiert würde, wäre das in Ordnung.

Und das geschieht aus Ihrer Sicht nicht ausreichend?

So ist es. Gerade der Klimaschutz bleibt auf der Strecke. Die Regierung nutzt das Sondervermögen wie einen Verschiebebahnhof. Union und SPD finanzieren also Ersatzinvestitionen, die sonst aus dem Haushalt bezahlt worden wären, über das Sondervermögen. Und schon hat man zusätzliche Milliarden für Rentenpensionen und Rentengutsche frei. Dabei brauchen wir eigentlich strukturelle Reformen in den umlagefinanzierten Generationenverträgen sowie eine Erwerbstätigenversicherung, in die auch Beamte einzahlen.

„Die Älteren haben größere Macht bei Wahlen.“

Wenn durch Rente und Zinsen immer größere Teile des Haushaltes schon blockiert sind, haben Parlamentarier in der Zukunft immer weniger Spielraum.

Das ist ein echtes Demokratieproblem. Wie sollen denn diejenigen, die zu Wahlen antreten, ein überzeugendes Angebot machen, wenn sie hinterher ohnehin kein Geld haben? Wie sollen dann Wählerinnen und Wähler glauben können, sie hätten noch etwas zu entscheiden? Die ältere Generation darf den Jüngeren nicht die Entscheidungsfreiheit nehmen.



Jörg Tremmel. Foto: Privat

Braucht es hier einen neuen Dialog der Generationen?

Die Älteren haben die größere Macht bei Wahlen – und müssen sich darauf einlassen, die Interessen der Jüngeren mitzudenken. Deutschland droht schon in eine Gerontokratie abzugleiten, in eine Vorherrschaft der Alten. Es braucht den Dialog – und ein faires Miteinander. Tobias Peter

Es gibt ein beliebtes Spiel für Mädchen und Jungen, eine Art Fangen mit besonderen Regeln. Ein Kind ist „der Versteinerer“. Berührt es einen Mitspieler mit der Hand, muss dieser starr stehen bleiben.

Zur Bewegungslosigkeit verdammt? Das könnte für Bundestagsabgeordnete künftig zu einer Dauererfahrung werden. Oft ist von einer Versteinerung des Haushalts die Rede. Gemeint ist damit eine Situation, in der es wenig finanziellen Spielraum für politische Gestaltung gibt.

Die Abgeordneten sind dann zwar – theoretisch – frei, Schwerpunkte im Haushalt zu setzen. Praktisch ist aber sehr viel Geld schon vergeben. Das gilt insbesondere für die riesigen Milliardenzuschüsse an die Rentenversicherung. In Zukunft wird der Bund auch mehr Geld für Zinszahlungen ausgeben müssen als bislang. Geld, das dann anderswo fehlen wird.

Das Ganze lässt sich als finanzpolitisches Drama in drei Akten beschreiben. Der erste spielt in den Regierungsjahren von Angela Merkel. „Deutschland hat über viele Jahre Investitionen in Verteidigung und Infrastruktur vernachlässigt“, sagt der Volkswirtschaftsprofessor Marcel Thum, der die Niederlassung des Ifo-Instituts in Dresden leitet. Stattdessen habe sich das Land höhere Sozialausgaben geleistet. „Jetzt ist es schwierig, davon wieder herunterzukommen.“

Im zweiten Akt, der gerade begonnen hat, nimmt Deutschland viel Geld in die Hand, um die Investitionen nachzuholen. Dafür hat der Bundestag das Grundgesetz so geändert, dass hohe Kredite für Verteidigung aufgenommen werden können. Für Infrastruktur

Spielraum wird immer kleiner

Haushalt Durch steigende Rentenausgaben und Zinszahlungen werden die politischen Gestaltungsmöglichkeiten geringer. Daher rufen Ökonomen zum rechtzeitigen Umsteuern auf. Von Tobias Peter

Klingbeil ruft zum Sparen auf

Vor Finanzminister Lars Klingbeil (SPD) liegen in den kommenden Jahren schwierige Haushaltsverhandlungen. Beim Haushalt für das Jahr 2027 ist es noch nicht ganz so schlimm. Das ursprüngliche erwartete Etat-

loch von etwa 30 Milliarden Euro lässt sich unter anderem mit Hilfe einer Rücklage auf rund 10 Milliarden Euro verringern – hier sind nun die Ressorts aufgerufen, Sparvorschläge zu machen. Für die Jahre 2028 und 2029 beträgt die

Lücke aber jeweils mehr als 60 Milliarden.

Am Ende wird auch viel davon abhängen, ob Deutschland aus der Wirtschaftskrise kommt – denn das würde zu höheren Steuereinnahmen führen.

und Klimaschutz gibt es ein 500 Milliarden Euro umfassendes, aus Schulden finanziertes Sondervermögen. Für den eigentlichen Haushalt gelten die Regeln der Schuldenbremse – deshalb hat sich Finanzminister Lars Klingbeil (SPD) mit Sparappellen an die Minister gewandt. Zugleich läuft die meiste Neuverschuldung an der Schuldenbremse vorbei. „Das ist so, als würde man beim Frühstück haargenau auf die Kalorien achten, um die eigene Diät zu kontrollieren, und dann den Rest des Tages essen, was immer einem vorgesetzt wird“, heißt es in einer Stellungnahme der Denkfabrik „Dezernat Zukunft“ für den Haushaltsausschuss des Bundestags.

Mit den zusätzlichen Schulden habe Deutschland sich für einige Jahre Luft verschafft, sagt Ökonom Thum. Entscheidend sei, dass in dieser Zeit im Haushalt umgesteuert werde. „Aber genau diese Umstellung passiert nicht. Die Ausweitung der Mütterrente, die Haltelinie beim Rentenniveau mit hohen Folgekosten – das alles geht in die falsche Richtung.“ Es herrscht Uneinigkeit darüber, ob die Regierung das Sondervermögen so verwendet, wie es gedacht ist – für zusätzliche Investitionen. Ja, sagt der Finanzminister. Nein, meint die Opposition. Der Vorwurf: Die Regierung schiebe Investitionen aus dem Haushalt ins Sondervermögen – und verschaffe sich dadurch Spielraum für die Finanzierung von Wahlgeschenken.

„Stellen Sie sich vor, jemand geht zur Bank – und leiht sich Geld, um sich eine Wohnung zu kaufen. Und dann gibt er das Geld hinterher stattdessen für etwas ganz anderes aus“, sagt die Grünen-Politikerin und Vorsitzende des Haushaltsausschusses, Lisa Paus. „Das ist das, was in Teilen beim Son-

dervermögen für Infrastruktur und Klimaschutz passiert.“

Klar ist: Mit den neuen Krediten wird die Zinslast für den Bund deutlich ansteigen. Immer mehr von dem Geld, das der Bund sich leiht, fließt also direkt wieder in Zinszahlungen. Klar ist auch: Wie versteinert Haushalte in Zukunft sein werden, hängt nicht zuletzt davon ab, ob Schwarz-Rot sich nach der Arbeit der Rentenkommission auf eine Reform verständigt, die den Kostenanstieg in Zukunft zumindest dämpft. Mehr als 120 Milliarden Euro aus dem Haushalt fließen jedes Jahr schon jetzt in die Rentenkasse. Wenn die Lebenserwartung weiter steige, müssten die Menschen auch etwas länger arbeiten, sagt Thum. „Es wäre richtig, die Weichen dafür bald zu stellen.“

Im dritten Akt werden Regierende, Abgeordnete und Bürger es finanziell mit den Folgen der Politik von heute zu tun bekommen. Wird es bis dahin gelungen sein, die Ausgabenstruktur im Haushalt neu zu ordnen? „Einige lieb-gewonnene Staatsaufgaben müssen auf den Prüfstand“, fordert Thum. Es könne mit neuen Schulden nicht ewig so weitergehen. Es sei auch eine Illusion, die Probleme ließen sich leicht durch höhere Steuern lösen. Die Steuern und Abgaben auf Einkommen seien ohnehin schon hoch. Auch die Summen, die etwa über eine Erbschaftsteuer eingespielt werden könnten, seien nicht riesig – „gerade, wenn man keine Arbeitsplätze gefährden will“.

Beim Fangspiel kann jedes Kind aus der Versteinerung durch den Handschlag eines Mitspielers befreit werden – verbunden mit den Worten: „Ich erlöse dich.“ Beim Haushalt ist es leider nicht so einfach.

ZAHL DES TAGES

1,69

Millionen Menschen sind 2024 nach Deutschland gekommen – das ist ein Rückgang von 12,3 Prozent gegenüber 2023. Das geht aus dem Migrationsbericht der Bundesregierung hervor. Fortgezogen sind 2024 demnach rund 1,26 Millionen Menschen. Der Zuwanderungssaldo lag damit bei rund 430.000 Personen, mehr als ein Drittel weniger als im Jahr 2023. epd

Maja T. Acht Jahre für linke Aktivistin

Budapest. Im Prozess um einen Angriff auf Rechtsextremisten in Ungarn ist die deutsche Aktivistin Maja T. zu acht Jahren Haft verurteilt worden. Der Prozess war umstritten, weil die 25-Jährige trotz eines Eilverfahrens vor dem Bundesverfassungsgericht nach ihrer Festnahme in Deutschland an Ungarn ausgeliefert worden war. Die Staatsanwaltschaft hatte eine Haftstrafe von 24 Jahren gefordert. Maja T. gehöre zu einer linksextremen Gruppe mit insgesamt 19 Mitgliedern. dpa



Erweitertes Kommando

Die Litauen-Brigade der Bundeswehr ist erweitert worden. Der Großverband übernahm das Kommando über die aus Soldaten mehrerer Nato-Staaten bestehende Multinational Battlegroup Lithuania. Foto: Alexander Welscher/dpa

Nahost Iranische Drohne abgeschossen

Washington. Die USA haben nach Pentagon-Angaben eine iranische Drohne im Arabischen Meer abgeschossen. Die Drohne habe sich auf „aggressive“ Weise dem Flugzeugträger USS „Abraham Lincoln“ genähert, teilte ein Militärsprecher mit. Der Abschuss durch ein US-Kampfflugzeug vom Typ F-35C sei zur „Selbstverteidigung“ erfolgt. Iranischen Angaben zufolge absolvierte die Drohne „eine gewöhnliche und legale Mission zur Aufklärung, Überwachung und Fotografie“. afp

Libyen Gaddafi-Sohn getötet

Tripolis. In Libyen ist ein Sohn des früheren Langzeitmachthabers Muammar al-Gaddafi Berichten zufolge „unter mysteriösen Umständen getötet“ worden. Das teilte der Berater von Saif al-Islam nach Angaben der libyschen Nachrichtenagentur Lana mit. Ihm zufolge stürmten vier bewaffnete Männer das Haus al-Islams in der westlibyschen Stadt Sintan und töteten ihn. Saif al-Islam war der zweitälteste Sohn Muammar al-Gaddafis, der in Libyen mehr als vier Jahrzehnte herrschte. dpa